

## **Eurokrise, Energiewende, Mindestlöhne: Wo ist die freiheitliche Politik?**

*Dr. Philip Plickert*

*Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Tichy,

herzlichen Dank für die Einladung. Wenn ich über die drei Themen im Titel nachdenke – Euro-Rettung, Energiewende, Mindestlöhne –, so finde ich einen gemeinsamen Nenner: In allen drei Fällen geht die Politik massiv planwirtschaftlich vor und verletzt Grundprinzipien der Marktwirtschaft. In allen drei Fällen sind marktwirtschaftliche Preissignale in gröbster Weise außer Kraft gesetzt oder verzerrt worden – seien es die relativen Zinshöhen verschiedener Länder, bei der deutschen Energiewende die Einspeisevergütungen für Strom unterschiedlicher Energiequellen oder die Entgelte für geringqualifizierte Arbeit.

Wenn man über diese drei Fälle planwirtschaftlicher Eingriffe und politischer Interventionen in den Markt nachdenkt, dann kommt noch eine anderer Begriff ins Spiel: die Interventionsspirale. Ludwig von Mises, der Freund und Lehrer von Hayeks, der auch mit Ludwig Erhard gut bekannt war, hat in den 1920er Jahren diese Interventionsspirale erstmals beschrieben und erklärt. Er meinte damit, dass es bei der ersten Intervention, beim ersten Eingriff in den Preismechanismus, meist nicht stehen bleibt. Wenn die negativen Folgen des ersten Eingriffs sichtbar werden, versucht die Politik durch weitere Interventionen diese negativen Folgen auszugleichen. Doch auch diese Interventionen haben neue negative Folgen und Nebeneffekte, etwa neue Knappheiten bei Preisobergrenzen – so dass sich die Interventionsspirale weiter dreht. Gibt es beispielsweise Preisobergrenzen für bestimmte Produkte, werden diese nicht mehr angeboten. Dann könnte die Politik eine staatliche Bereitstellung beschließen oder Anbieter verstaatlichen. Ludwig von Mises war ein Pessimist, der zum Schwarzsehen neigte. In seinem Beispiel zieht der scheinbar kleine Eingriff der Milch-Höchstpreis-Intervention eine solche Spirale von weiteren Interventionen und Verstaatlichungen nach sich, dass nach und nach die ganze Wirtschaft verstaatlicht und mit Preiskontrollen überzogen wird. Man mag das für überzogen halten, aber dass es Interventionsspiralen gibt, kann man kaum bestreiten.

Warum erwähne ich diese Geschichte der „Interventionsspirale“ im Zusammenhang mit Euro-Rettung, Energiewende und Mindestlohn? Jeweils in unterschiedlicher Weise sehen wir hier Interventionsspiralen am Werk.

Nehmen wir den Euro: Zunächst hat die Politik beschlossen, die Wechselkurse zwischen unterschiedlich starken Volkswirtschaften zu fixieren. Das war der ursprüngliche Eingriff in den Preismechanismus, weil nun das Ventil flexibler Wechselkurse als Ausgleichsmechanismus nicht mehr vorhanden ist. Und es musste nun eine einheitliche Geldpolitik für einen sehr heterogenen Währungsraum gemacht werden. In den ersten Jahren ging das auch scheinbar gut. Die ärmeren Peripheriestaaten, vor allem die südeuropäischen Randländer der Eurozone, erlebten beispiellose Aufschwünge, regelrechte Booms. Durch die sehr niedrigen oder sogar negativen Realzinsen wurden dort zum Teil Immobilienbooms angefacht, zum Teil andere Wirtschaftszweige stark angeregt. Viel Kapital floss aus dem Zentrum in die Peripherie, wo scheinbar hohe Renditen gemacht werden konnten. Die Löhne stiegen kräftig – stärker als die Produktivität. Einige Länder wie Griechenland haben sich auch einen großen Ausbau des Sozialstaats und des öffentlichen Dienstes geleistet.

Doch irgendwann endete die extreme Niedrigzinsphase – da begannen die Blasen zu platzen. Die Folge waren große Kreditausfälle, Bankenkrisen, Staatshaushaltskrisen – und die allseits bekannten Rettungspakete, für die vor allem Deutschland mit dem Löwenanteil haftet. Weil die Rettungspakete aber mit starken Sparauflagen verbunden waren, wirkte das in der Rezession zunächst noch mal krisen-verschärfend. Es folgte ein zweiter Eingriff in den Preismechanismus: Wieder ging es um die Zinsen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat durch gewaltige Interventionen an den Finanzmärkten verhindert, dass die Märkte das Kreditrisiko in den Peripherieländern nun adäquat bepreisen. Indem sie den Leitzins auf null gesenkt hat und in gewaltigen Mengen Staatsanleihen kauft, hat sie die Spreads auf ein Minimum gedrückt. Hochverschuldete Staaten zahlen kaum Zinsen. Nehmen Sie Italien: Ein Land mit mehr als 135 Prozent Staatsverschuldung hat zweijährige Anleihen sogar mit einer negativen Rendite und zehnjährige Anleihen zum Zins deutlich unter zwei Prozent – das ist völlig unnatürlich. Die Folge dieses EZB-induzierten Eingriffs in die Preisbildung ist, dass sich Italien weiter günstig verschulden kann, dass aber der Marktdruck zur Konsolidierung des Haushaltes und zu Reformen stark gemindert ist – oder sogar völlig fehlt.

Den fehlenden Marktdruck zu Reformen hat man durch die Politik der Auflagen („Hilfe gegen Reformen“) zu ersetzen versucht. Griechenland beispielsweise hat von den Gläubigern eine umfassende und sehr detaillierte Liste von Reformen vorgesetzt bekommen, die es umsetzen muss. Aber letztlich wird dadurch, man muss es einmal so hart sagen, Griechenland zu einer Kolonie der Troika-Institutionen degradiert. Auch in anderen Ländern fühlten sich viele Bürger fremdbestimmt. Das hat dazu geführt, dass alte, überwunden geglaubte, hässliche Ressentiments in Europa wieder aufleben – vor allem Ressentiments gegen Deutschland, den Hauptgläubiger. Deutschland als „Spardiktator“ ist in weiten Teilen des Kontinents ein Feindbild – es gilt als die Macht, die hinter den Spar- und Reformdiktaten steckt. Der Euro, der einst als Friedensprojekt verkauft wurde, hat somit zum Wiederaufleben von großen Spannungen geführt. Das ist höchst bedauerlich. Statt des anonymen Drucks

von Märkten, wird nun konkret Deutschland als Quasi-Unterdrücker an den Pranger gestellt.

Springen wir zum zweiten Thema: der Energiewende. Die Energiewende ist ebenfalls ein Paradebeispiel für eine staatliche Planwirtschaft und hat in manchen Bereichen ebenfalls Interventionsspiralen ausgelöst. Die Energiewende ist zudem ein Paradebeispiel für eine verhängnisvolle „Anmaßung von Wissen“ (Hayek) durch die Politik. Nach dem überhasteten Ausstieg aus der Kernenergie soll also Deutschland innerhalb weniger Jahrzehnte vollständig auf sogenannte erneuerbare Energien umsteigen. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen stark zu senken. Nun gäbe es einen marktwirtschaftlichen, effizienten und damit kostengünstigen Weg, dieses Ziel zu erreichen: ein umfassendes Emissionszertifikate-Handelssystem. Durch die Limitierung der Zertifikate erhalten Emissionen einen Preis. Jene Emittenten, die zu teuer sind, scheiden aus dem Markt aus. Nur die effizientesten Energieproduzenten, die auch bei Zahlung des CO<sub>2</sub>-Zertifikatpreises noch anbieten können, bleiben als Produzenten im Markt. Die Energiewende wird in jedem Fall teuer. Aber das wäre der Weg, der die Milliardenkosten noch in Grenzen hält.

Leider hat sich die Regierung gegen diesen Weg entschieden. Stattdessen wurde vor mehr als zehn Jahren unter Rot-Grün das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geschaffen, das seitdem mehrfach überarbeitet wurde. Im Kern besteht es aus zahlreichen garantierten Einspeisevergütungen für Solar-, Wind- und Biomasse-Stromproduzenten. Je nach Umständen wird ihnen ein unterschiedlicher Abnahmepreis für zwanzig Jahre garantiert. Wenn man halbwegs clever ist, kann man als EEG-Investor auf Kosten der Allgemeinheit eine schöne Rendite von sechs, sieben Prozent machen. Die Folge war der enorme Boom des Ausbaus von Solar- und Windkraftstromanlagen. Erneuerbare insgesamt kommen auf mehr als ein Viertel des Stromangebots. Solarstrom macht dabei zwar immer noch nur etwa fünf Prozent des Stromverbrauchs aus, auf Wind entfällt rund ein Zehntel. Doch zu welchem Preis?! Allein für die fünf Prozent Solarstrom werden jährlich um die 20 Milliarden Euro von den Verbrauchern zu den Sonnen-Investoren umverteilt. Es gab eine Zeit, da war etwa die Hälfte der Sonnenkraft-Kapazitäten der Welt im eher sonnenarmen Deutschland installiert. Allein für die schon installierten Solar-Kapazitäten hat der Gesetzgeber den Investoren etwa 150 Milliarden Euro Vergütung garantiert – auf Kosten der Verbraucher.

Man kann die staatliche Preissetzung durch das EEG und die langfristigen Pläne mit genauen Prozent-Anteilen für verschiedene Energiearten als exemplarische „Anmaßung von Wissen“ (so hat es Hayek genannt) bezeichnen. Woher weiß die Regierung, ob in zwanzig Jahren die Solarkraft oder die Windkraft oder andere Formen der Stromerzeugung die beste, weil kostengünstigste Technik sein wird? Wie kann die Politik diese Entwicklungen vorhersehen. Woher weiß sie, welche Technik das größte Verbesserungspotenzial hat. Nur der Markt kann als „Entdeckungsverfahren“ zeigen, welche Techniken die kostengünstigsten sein werden. Staatliche Großplanung von Entwicklungen ist immer teuer und ineffizient.

Die Energiewende wird extrem teuer. Der frühere Umweltminister Peter Altmaier schätzte die Gesamtkosten der Energiewende in Deutschland auf rund eine Billion Euro (inklusive des Leitungsbaus). Ich glaube, man könnte die Energiewende günstiger haben, wenn man auf die Entdeckungskraft des Marktes vertrauen würde und nicht planwirtschaftliche Quoten für bestimmte Stromarten setzen würde. Das Mittel der Wahl sollte der Zertifikatehandel sein. Sie werden einwenden: Es gibt doch ein Emissionsrechtssystem in der EU. Das ETS (Emissions-Trading-System). Richtig. Für jeweils ein paar Jahre werden Höchstgrenzen an CO<sub>2</sub>-Emissionen festgesetzt, dann kaufen Industriebetriebe die Zertifikate – das begrenzt die Gesamtmenge der Emissionen in der EU (durch Industrie und Energieerzeuger). Aus diesem Grund ist ja das zusätzliche deutsche EEG völlig überflüssig. Es ist eine enorm teure Umverteilungsgeschichte – mit der aber keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> eingespart wird. Durch das deutsche EEG wird kein CO<sub>2</sub> eingespart, obwohl es Verbraucher und Volkswirtschaft jedes Jahr Milliarden kostet. Warum ist das so? Wenn die deutschen Energiekonzerne weniger Zertifikate nachfragen, weil ein wachsender Anteil des Stroms durch subventionierte „erneuerbare Energien“ gedeckt wird, dann verfallen diese Zertifikate nicht, sondern werden an andere weiterverkauft. Der Preis sinkt, weil die Nachfrage in Deutschland geringer ist, andere Industrien oder Energieunternehmen in anderen Ländern greifen zu. Damit werden die Emissionen nur verlagert, nicht verringert. Die Gesamtmenge ist fixiert durch die Menge an Zertifikaten im ETS. Deshalb wird durch das EEG trotz aller Milliardenkosten kein einziges Gramm CO<sub>2</sub> gespart.

Und noch eine weitere Folge hat die staatlich erzwungene Quotenpolitik bei der Energieversorgung: Es kommt zu allen möglichen Verzerrungen, die weitere Interventionen nötig machen: Ein brisantes Thema ist die Versorgungssicherheit. Weil die Erneuerbaren so schwankungsanfällig sind, besteht die Sorge, dass an sonnenarmen und windschwachen Tagen, wenn gleichzeitig der Verbrauch hoch ist, etwa im Winter an sehr kalten Tagen, die Versorgungssysteme kurzzeitig nicht mehr ausreichende Leistung bringen und kollabieren. Ein größerer Blackout in Deutschland würde enorme volkswirtschaftliche Kosten bedeuten. Daher will die Politik vorsorgen – etwa durch die Ideen von sogenannten Kapazitätsmärkten. Dabei sollen Investoren dafür bezahlt werden, dass sie Gaskraftkapazitäten vorhalten, die zwar in normalen Zeiten nicht gebraucht werden, aber in Notzeiten zur Verfügung stehen. Weil die Erneuerbaren so stark subventioniert wurden, lohnt sich der Bau von Gaskraftwerken kaum noch. Deshalb fehlen diese jetzt als Ausgleichskapazitäten. So könnte nun die Politik abermals intervenieren und ungenutzte Kapazitäten subventionieren. Sie sehen: Die erste Intervention, der erste Eingriff ins Preissystem, zieht weitere Interventionen nach sich.

Ich wurde ja auch gebeten, hier ein wenig die Sicht der Medien zu vertreten. Soweit ich das wahrnehme, gibt es nur wenig grundsätzliche Kritik an der planwirtschaftlichen deutschen Energiewende. Die meisten Deutschen und die meisten Medien scheinen die enormen Kosten und die Nicht-Notwendigkeit eines Teils dieser Kosten nicht zu durchschauen. Das ist auch

kein Wunder, weil die Kosten geschickt verschleiert werden. Die rund 20 Milliarden Euro EEG-Umlage werden den Verbraucher elegant und diskret mit der Stromrechnung abgeknöpft. Ohne Kostentransparenz kann sich aber auch kein politisches Bewusstsein herausbilden. Darüber freuen sich die Profiteure der Energiewende, die Sonnen- und Wind-Investoren. Sie stellen inzwischen eine erhebliche Lobby dar. Hunderttausende von Hausbesitzern und Landwirten haben Solaranlagen installiert, Zigtausende haben in Windräder investiert. Diese hochengagierte Lobby verhindert, dass die Subventionen substanziell gekürzt werden.

Kommen wir kurz zum dritten Thema: der Mindestlohn. Wieder ein offensichtlicher Eingriff in das Preissystem, diesmal am Arbeitsmarkt. Begründet wurde der Mindestlohn meistens moralisch: Ein Arbeitnehmer müsse von seinem Lohn leben können. Diese Argumentation ignoriert, dass die Wirtschaft und die Arbeitgeber keine Wohltätigkeitsvereine sind, sondern dass sich die Einstellung einer Arbeitskraft für den Arbeitgeber rechnen muss. Wenn der Arbeitnehmer weniger Produktivität bringt, als er kostet, wird ein Arbeitgeber ihn nicht einstellen. Die befürchtete Folge: Arbeitslosigkeit. Der Mindestlohn vernichtet die Beschäftigungschancen der am schlechtesten ausgebildeten und am wenigsten produktiven Menschen.

Es gibt eigentlich nur ein einziges arbeitsmarktökonomisches Argument, das für die Einführung eines staatlich gesetzten Mindestlohns spräche: Wenn es auf dem Arbeitsmarkt in zahlreichen Regionen und besonders in den unteren Lohngruppen eine monopsonistische Situation gäbe, wenn also nur ein Arbeitgeber in einer Region Arbeit nachfragt. Dann könnte er die Löhne unter das Produktivitätsniveau drücken. Es läge eine Art Marktversagen vor – das durch eine Lohnuntergrenze korrigiert würde. Aber diese Monopson-Geschichte ist stark konstruiert. In Deutschland herrscht im Allgemeinen genügend Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt unter verschiedenen Arbeitgebern. Gerade jetzt, wo die Beschäftigung auf Rekordniveau liegt und in vielen Regionen annähernd Vollbeschäftigung herrscht, ist der Einwand, dass es eine monopsonistische Situation gäbe, wenig überzeugend. Und der Mindestlohn ist mit 8,50 Euro je Stunde doch so hoch gesetzt, dass er gerade im Osten einen erheblichen Teil der Beschäftigten erfasst hat, etwa ein Viertel. Das ist deutlich mehr als etwa der britische Mindestlohn, der vor anderthalb Jahrzehnten eingeführt wurde.

Nach der Theorie vernichtet der Mindestlohn Beschäftigung. Warum aber ist die Beschäftigung in Deutschland in diesem Jahr seit Einführung des Mindestlohnes nicht gesunken, sondern weiter gestiegen? Die Antwort ist: Man hat großes Glück gehabt – mitten im Konjunkturaufschwung und angesichts der demografischen Entwicklung haben die Arbeitgeber nicht in größerem Stil Arbeitsstellen abgebaut. Es wurden allerdings einige Hunderttausend geringfügige Beschäftigungsverhältnisse beendet. Das ist die erste sichtbare Folge des Mindestlohns.

Die zweite große Problemwelle kommt mit den Flüchtlingen. Deutschland hat in diesem Jahr mehr als eine Million Asylbewerber aufgenommen. Viele, sehr viele von ihnen sind nur sehr gering ausgebildet. Sie werden allenfalls als Hilfskräfte eingestellt werden. Für sie wird der Mindestlohn eine schwer zu überwindende Hürde werden. Wie wird die Politik reagieren? Ich fürchte, es wird die bekannte Interventionsspirale in Gang gesetzt. Der Mindestlohn bedeutet höhere Arbeitslosigkeit als nötig, vor allem unter gering qualifizierten Zuwanderern. Daher könnte die Politik auf die Idee kommen, diese Wirkung durch neue Interventionen auszugleichen. Staatliche Beschäftigungsprogramme zur Integration der Asylzuwanderer. Jüngst las ich den Vorschlag von IfW-Präsident Snower, dass man Flüchtlingen mit einer staatlichen Lohnsubvention in Form von Beschäftigungsgutscheinen in Arbeit verhelfen könnte. Der Staat soll also den Lohn zum Teil aufstocken. Erst wird eine Hürde geschaffen, dann soll diese mit staatlichen Subventionen überwunden werden, irgendwie paradox. Ich nehme an, dass bei wachsender (Flüchtlings-)Arbeitslosigkeit noch weitere Eingriffe seitens des Staates in den Arbeitsmarkt kommen, oder aber steigende Steuern für die Normalarbeitenden.

An diesen drei Beispielen Euro-Rettung, Energiewende und Mindestlohn habe ich exemplarisch den planwirtschaftlichen Charakter der Politik aufgezeigt. All das kann überzeugte Anhänger einer marktwirtschaftlichen Politik sehr skeptisch stimmen. In der Politik sehe ich wenig grundsätzlichen Widerstand gegen diese Politiken. Politiker agieren meist opportunistisch. Sie machen das, was ihnen kurzfristig Zustimmung verschafft. Da die meisten Menschen die negativen Konsequenzen mangels ökonomischer Bildung nicht oder zu spät erkennen, applaudieren viele dieser Politik. Die Rechnung für die Euro-Rettung wird erst später serviert (auch die langfristigen Verheerungen der Nullzinspolitik werden wir erst später fühlen, wenn wir die großen Löcher in der finanziellen Altersvorsorge sehen), die Rechnung für die Energiewende wird von Jahr zu Jahr steigen, aber auch hier werden die meisten die Kosten erst später wahrnehmen. Und auch beim Mindestlohn werden die meisten Menschen erst sehr viel später, wenn überhaupt, die Kosten wahrnehmen, doch die Rechnung kommt bestimmt. Man kann nur hoffen, dass die Politik ihren Kurs korrigiert, bevor die Rechnungen zu hoch ausfallen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.